Tageblatt für Politik.
Unterhaltung, Geschäftsverkehr.
Börsenbericht. Fremdenliste.
[illegible]
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an.
Geschäftsstelle: [illegible] Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 54,000 Stück.
Dresden, 1891.

G. H. Rehfeld & Sohn
Schutz-Marke
Neust. Hauptstr. 24/26 Altst. König-Johannstr. 15.
Fabrik v. Contobüchern

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.

Salomonis-Essig-Fabrik H. Roesner
(gegründet 1826 von Dr. Struve), empfiehlt
Salomonis-Essig
(früher genannt Struve-Essig)
anerkannt feinster Tafel- und Einlege-Essig (prämiirt Görlitz 1885, goldene Medaille Leipzig 1887). Zu haben in der Salomonis-Apotheke und den meisten Geschäften.
Dresden, Rosenstrasse 96. Telephon 222.

Giftfrei. — Unschädlich. — Giftfrei.
Farbenkasten,
Aquarell- und Oel-Farben in Tubes.
Carl Tiedemann, Hoflieferant,
Altstadt: Marienstrasse 10 und Amalienstrasse 18.
Neustadt: Heinrichstrasse (Stadt Görlitz).

Ferd. Gerlach Nachfolger
Weinhandlung mit Probierstuben
Moritzstrasse 4. Fernsprechst. 391.
Gewähr für reine Naturweine.
Preislisten versende frei.

„Invalidendank“. Annoncen-Vermittelung für die „Dresdner Nachrichten“, den „Dresdner Anzeiger“, sowie für alle anderen Zeitungen. Offertbriefe gratis. „Invalidendank“.

Nr. 340. Spiegel: Reform des conservativen Parteiprogramms. Hofnachrichten, Buchdruckerbewegung, hohe Fleischpreise, Victoria-Salon, Gerichtsverhandlungen. Tonkünstlervereins-Concert, Lamborg. | Sonntag, 6. December.

Politisches.

An den verschiedensten Stellen unseres Vaterlandes tauchen fast gleichzeitig Bestrebungen empor, die konservative Partei auf Grund eines neuen Programms zu reorganisiren. In Berlin hat der schneidige Freiherr von Hammerstein einen Entwurf ausgearbeitet, in Schlesien ist man auf dem Parteitage ganz energisch an eine zeitgemäße Umgestaltung der zu betonenden Grundsätze geschritten und bei uns in Sachsen hat jetzt der Führer der Konservativen, Freiherr von Friesen, die Gesichtspunkte festzustellen versucht, die für die beabsichtigte Wiedergeburt maßgebend sein sollen, und er hat hiermit sicherlich ein Werk von hohem Verdienste geschaffen. Herr von Friesen hat keineswegs den Wortlaut eines neuen Programms, sondern nur seine Grundzüge liefern wollen und deshalb wird man über Einzelheiten noch zu rechten haben; das aber darf wohl anerkannt werden, daß er und die Seinen hiermit den ersten, bedeutsamen Schritt gemacht haben zu einer Politik, die mit den lebendigen Regungen der Volksseele rechnet und dieselben nicht mit einer Handbewegung von der Schwelle weist.

In der Thatsache, die mit dem Auftauchen der Programmentwürfe gegeben ist, liegt zunächst das wichtige Eingeständniß, daß thatsächlich die Bestimmungen, welche in der Zeit des Kulturkampfes ganz passend den Rahmen des Parteiplanes bilden konnten, für heute nicht mehr ausreichen, daß somit jene Stimmen Recht hatten, die muthig auf neue Gestaltungen drängten, ohne bei der Parteileitung immer die rechte Würdigung zu finden. Schon das ist viel, denn jeder Fortschritt erwächst aus der Erkenntniß des Unzulänglichen. Und unsere Zeit lebt schnell! In den ersten Jahren nach dem Kriege gegen Frankreich traten die Wirkungen der neuen, liberalen Aera noch nicht scharf genug zu Tage, hatte man noch nicht den vollen, den Kampfeszorn weckenden Eindruck von den elenden Resultaten, die sich aus einer Epoche des schrankenlosen Kapitalismus ergeben mußten. Die gewaltige That des großen Kanzlers, nachdem acht Jahre lang seine Seele unter dem Anblick gelitten, wie unser Volksthum dem Untergange zuschritt — die gewaltige That, mit dem Freihandel zu brechen und der produktiven nationalen Arbeit ihren Lohn zu sichern, war und konnte nur ein erster Schritt auf der Bahn der Reform sein. Daß dieser Schritt nicht vergeblich sei, dafür werden alle Männer an konservativer Weltanschauung jetzt einzutreten haben, wo betrübende Kurzsichtigkeit die Geschäfte antinationaler Faktoren besorgt. Hier giebt es keine Verhandlung, hier giebt es nur ein „Nein“. Der Entwurf des Herrn von Friesen nimmt, wenn auch nicht entschieden genug, nach dieser Richtung Stellung; es sei jetzt, wo die nächste Zeit die Entscheidung bringen soll, nur an einen Umstand erinnert: die Deutschsozialen und Antisemiten werden gegen jede Herabsetzung der nationalen Zölle stimmen und sie werden allen jenen Konservativen, die ihr Votum nach dem Wunsche des Kanzlers geben, den Boden auf dem flachen Lande für alle Zeiten abgraben! Die zweite That, welche abermals Fürst Bismarck vollbrachte, um die Gefahren, die das Manchesterthum heraufbeschwor, zu bannen, war die große soziale Botschaft des Jahres 1881. Auch sie wird heute nicht mehr ganz verstanden; ist doch die große nationale Aufgabe, welche sie stellte, hinübergeleitet worden in eine internationale Form, weil man vergaß, daß ein echt sittliches Nationalbewußtsein, die Liebe zum Vaterlande und zur Heimath, die Grundlage jeder sozialen Reform bilden müsse. Hier hat Freiherr von Friesen die rechten Worte gefunden und hoffentlich wird der hier berührte Gegensatz in der endgiltigen Redaktion eines neuen Programms scharfen und klaren Ausdruck finden. Internationale Bestrebungen, ob gut oder schlecht gemeint, sind die Todtschläger des Nationalbewußtseins.

Wohl liegen in der Errichtung eines Schutzzaunes für unsere Produktion wie in der Verkündung eines Evangeliums des sozialen Ausgleichs zwei gewaltige Faktoren für die Sicherung unserer nationalen Zukunft. Aber sie reichen allein nicht aus, sie dürfen nicht die Marken des Stillstandes bilden. Die Gefahren, welche den Mittelstand mit seiner vollen Vernichtung bedrohen, erwachsen auf dem Boden eines ungesunden, verderbnißschwangeren Kapitalismus, der die Scheidung unserer Volksgenossen in wenige Genießende und zahllose aussichtslos Arbeitende herbeizuführen und damit die soziale Revolution zu beschleunigen droht. Hier giebt es nur zwei Wege: das Vaterland den Stürmen des Umsturzes zu überlassen in der Hoffnung, daß dieser Drache sich einst selbst den Schwanz abbeißen werde, oder aber einen festen Damm zu errichten, an dem alle Wellen sich brechen. Dieser Damm wird nur haltbar sein, wenn er nicht, wie bisher, mit zersetzenden Säuren getränkt ist. Der Kapitalismus oder, richtiger gesagt, der Mammonismus muß aus unserem sozialen Leben verschwinden. Das zu erreichen, wird nicht leicht sein. Gilt es doch nicht nur, all die sentimentalen Vorurtheile zu überwinden, die aus der Zeit eines jämmerlichen Humanitätsdusels in den Seelen zurückblieben; es gilt auch den Kampf mit Mächten aufzunehmen, die bereits wie ein üppiges Unkraut über den deutschen Acker wuchern und die Frucht unseres Fleißes ersticken. Hier hat Hr. von Friesen endlich einmal Das ausgesprochen, wonach so viele konservative Männer längst drängten: das offene Bekenntniß, daß unser Heil nur zu erwarten ist, wenn die deutsch-christliche Grundlage des Staates gewahrt bleibt. Vor Allem bedürfen wir dazu eines wahrhaft deutschen, von christlichem Geiste durchwehten Gesetzbuches. Das geltende römische Recht mit seinen Spitzfindigkeiten wird und kann nicht mit unserem Volksgeist verwachsen, es wird und kann nicht Blut von unserem Blute werden. Es fehlt am Körper unseres Volkes und vernichtet ihm die Freude am Leben. Und doch ist man am Werke, uns ein neues bürgerliches Gesetzbuch zu schreiben, das allem deutschen Empfinden Hohn spricht. Wir hoffen, daß diese Frage die Parole des nächsten Wahlkampfes abgiebt: wir hoffen aber auch, daß dann alle konservativen Männer sich einmüthig erheben, um die Kette eines römischen Gesetzbuches, das von jüdischem Geiste durchweht ist, zu zerbrechen und uns den deutschen Rechtsstaat zu sichern. Die Konsequenz ergiebt sich von selbst. Im Jahre 1849 hat der Abg. von Bismarck es bereits ausgesprochen, er leide in seinem aufrechten Ehrgefühl, wenn er gezwungen werde, vor einem jüdischen Richter zu erscheinen; diese Empfindung ist allgemein und nicht schwächer, sondern nur stärker geworden. Ein Mann wie der Landgerichtspräsident von Kunowski in Breslau mußte auf Grund seiner langen Erfahrung vor der Aufstellung jüdischer Geschworenen warnen. Hr. von Friesen sagt in seinem Programm-Entwurf: „Deutsches Recht kann lediglich von Deutschen gehandhabt werden. Das deutsche Volk hat deshalb zu beanspruchen, daß nur Deutsche, welche einer bestimmten christlichen Konfession angehören, zu dem Amte eines Richters und zu der Stellung eines Rechtsanwaltes zugelassen und daß vor Allem Juden von diesen Aemtern ausgeschlossen werden.“ Die Erfüllung dieses Wunsches mag noch in weiter Ferne stehen; aber schon jetzt geht eine mächtige Bewegung durch unser Volk, die dereinst, das glauben wir zuversichtlich, weil wir an die Zukunft Deutschlands glauben, über alle Gauen dahinbrausen und alles Undeutsche vernichten wird. Börsenreformen und Erlasse gegen die Unsittlichkeit mögen ihr Gutes haben; sie werden manchen Auswuchs vernichten, aber sie können nicht die Wurzel des Uebels zerstören.

Die Grundlage für das konservative Zukunftsprogramm muß, wie bisher, Christenthum und monarchische Treue bilden. Herr von Friesen verlangt konsequenterweise christliche Schulen und christliche Lehrer. Er wahrt sich gegen Heuchelei und Frömmelei. Auch wir können einer neuen, kräftigen Belebung des christlichen Gedankens nur aus vollstem Herzen zustimmen. Aber vor Einem muß man warnen: Die Kirche hat vielfach starr an Formen festhalten wollen, über die unsere Zeit hinausgeschritten ist; sie hat dem Umstande nicht Rechnung getragen, daß die ewig lebendigen Heilswahrheiten des Christenthums auch wirksam bleiben, wenn ihre Schale neue Gestaltung gewinnt. Die kirchlichen Institutionen theilen das Schicksal des Monarchenthums. Noch das vorige Jahrhundert war nur reif für den aufgeklärten Absolutismus. Wer heute ihn wieder beleben wollte, müßte zerschellen an dem Widerspruch eines ganzen Volkes. Die freie Bethätigung der Kräfte des Unterthanen in der Bestimmung seiner Geschicke ersetzt die patriarchalische Leitung des unbeschränkten Herrschers. Die Verfassung ist der Untergrund unseres Lebens geworden, und konservativ ist es heute, sie zu schützen gegen jeden Angriff, ob derselbe von Seiten einer überschäumenden Demokratie kommt, ob gefügige Höflinge sich zu Trägern ähnlicher Gedanken machen. Wenn an dem Felsen unseres konstitutionellen Monarchenthums gerüttelt wird und die berufenen Träger der Regierungsgewalt den Muth hinreichender Abwehr nicht finden, dann ist es konservativ, in die Bresche zu springen, dann ist unter Umständen konservativ nur — die Opposition!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 5. December.

Berlin. Reichstag. Der Gesetzentwurf betreffend die Controle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts für Elsaß-Lothringen für 1891/92 wird in 3. Lesung angenommen. — Abg. Hahn berichtet Namens der Geschäftsordnungskommission über die Frage der Unterstützung der in 2. Berathung zum Reichshaushaltsetat beantragten Resolutionen. Nach kurzer Debatte wird auf Antrag des Vicepräsidenten Graf Ballestrem der Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt. Es folgte 1. Berathung der Vorlage über die Immunität der Reichstagsabgeordneten. Es handelt sich um einen Zusatz zu Artikel 31 der Verfassung dahingehend, daß während längerer als 30tägiger Vertagungen des Reichstags die Bestimmung, wonach Reichstagsabgeordnete während der Sessionsdauer wegen mit Strafe bedrohter Handlungen nicht in Untersuchung genommen oder verhaftet werden dürfen, keine Anwendung finden sollen. — Abg. Dr. Bamberger (freis.) spricht gegen die Vorlage, die noch ein Ausfluß der alten Schule sei, welche bei jeder vorkommenden Unbequemlichkeit gleich zur Klinke der Gesetzgebung greife. Die beiden großen Vertagungen, welche der Reichstag in diesem und dem vergangenen Jahre erfahren, seien noch nie dagewesene Ausnahmen; es sei nicht gerechtfertigt, deshalb die Verfassung zu ändern. Solche Vertagungen seien ein Mißstand, auf dessen Beseitigung man lieber hinwirken sollte, als ihn durch eine Bestimmung, wie sie diese Vorlage enthalte, zu begünstigen. Man würde auch durch diese Bestimmung die Reichsverfassung in einen formalen Widerspruch mit den Verfassungen der Einzelstaaten setzen. Die langen Vertagungen ließen sich vermeiden, wenn geschäftsordnungsmäßig dafür Sorge getragen würde, daß die Ergebnisse von Commissionsbeschlüssen auf die nächste Session mit übernommen werden können. — Staatssekretär v. Bötticher: Eine einheitliche Regelung der Frage, ob die Immunität der Verfassung während einer längeren Vertagung ruhe oder nicht, lasse sich durch einfache Anweisung seitens der Regierung nicht herbeiführen; es sei dazu eine Verfassungsänderung nöthig. Was die letzte Vertagung anlange, so hätten die verbündeten Regierungen lediglich gewünscht, daß die fleißige Arbeit der Commission für die Krankenkassennovelle nicht verloren gehe. Hätte schon damals Herr Bamberger einen anderen Weg hierzu als die Vertagung des Reichstages gezeigt, so würden sich die verbündeten Regierungen nicht ablehnend verhalten haben. — Dr. Lieber (Ctr.) beantragt Verweisung der Vorlage an eine Commission. Es sei nicht zu leugnen, daß jetzt ein Uebelstand vorhanden sei. Artikel 31 der Verfassung habe zur Voraussetzung, daß der Reichstag versammelt sei, um über die Frage der Verfolgung oder Nichtverfolgung eines seiner Mitglieder wegen einer strafbaren Handlung zu entscheiden. Das Centrum sei kein Freund von Verfassungsänderungen ad hoc; Sache der Commissionen sei es, einen anderen Weg, als den hier vorgeschlagenen, aufzusuchen. — Abg. Hahn (kons.): Seine Freunde sind für den in dieser Frage vom Reichstag seiner Zeit nahezu einstimmig gefaßten Beschluß, seien aber nicht der Meinung, daß die Verfassung die Immunität der Abgeordneten während längerer Vertagung beabsichtigt habe. Vielleicht werde in der Commission ein anderer als der von der Regierung vorgeschlagene Weg gefunden. — Abg. Singer (Soz.) knüpft an den Fall Schmidt an, und führt die Vorlage auf die Initiative der sächsischen Regierung zurück. Es handle sich bei der Vorlage lediglich um ein neues Jagdmittel der sächsischen Regierung gegen die Sozialdemokratie. Bei solchen Jagden spiele Sachsen die Rolle der Piqueure. Redner verlangt keine Ausnahmerechte zu Gunsten der Abgeordneten, aber jeder Abgeordnete müsse seinem Amte erhalten bleiben. Das könne nur geschehen, wenn man die Immunität der Abgeordneten vollständig sicher stelle. — Staatssekretär Dr. Bosse verwahrt das Reichsgericht gegen einen Singer'schen Vorwurf, daß es unglaubliche Interpretationen zu Stande gebracht habe. — Das Reichsgericht habe sich vielmehr allgemeines Vertrauen bei der Bevölkerung erworben. — Kgl. sächs. Generalstaatsanwalt Held vertheidigt die Rechtsauffassung der sächsischen Gerichte und Staatsanwälte. In der sozialdemokratischen Presse werde behauptet, dieselben seien von einer wahren Verfolgungswuth gegen die Sozialdemokratie und ihrer Führer erfaßt. Thatsächlich habe aber die sächsische Regierung ihre Rechtsauffassung vor Kurzem noch einem Abgeordneten gegenüber vertreten, der der Sozialdemokratie so fern als möglich stehe. Dieselbe Rechtsauffassung sei übrigens auch von preußischen und bayrischen Gerichten, sowie vom Bundesrath getheilt worden. Bamberger habe selbst die lange Vertagung als einen fiktiven Zustand bezeichnet. Das sei der Grund, auf dem die sächsischen Behörden ihre Entscheidungen begründet haben. (Zuruf Träger's: sächsische Logik!) Der Chemnitzer Prozeß habe jedenfalls das Gute gehabt, die Frage der Entscheidung zuzudrängen. — Abg. Stadthagen (Soz.): Das Verfahren des sächsischen Staatsanwaltes in dem Prozeß gegen Schmidt lasse darauf schließen, daß der Verfolgungssucht der sächsischen Staatsanwälte von deren Vorgesetzten Vorschub geleistet werde. Der Staatsanwalt in Chemnitz habe den Abgeordneten Schmidt einen gewerbsmäßigen Ehrabschneider genannt. Mit der Vorlage solle die Stellungnahme dieses Staatsanwaltes und des Chemnitzer Gerichts gedeckt werden. Dazu solle sich der Reichstag nicht hergeben. — Generalstaatsanwalt Held: Der betreffende Staatsanwalt habe mit jener Aeußerung seine Befugniß überschritten und sei deshalb gerügt worden. Die Vorlage wird an eine Commission von 14 Mitgliedern verwiesen. — Nächste Sitzung Mittwoch: Anträge.

Berlin. Auf den Antrag der oberschlesischen Kohlenindustrie um baldige Feststellung billiger Kohlentarife von Schlesien nach dem Königreich und der Provinz Sachsen, sowie den benachbarten Absatzgebieten böhmischer Braunkohlen erging der Bescheid, daß die oberschlesischen Steinkohlen besser durch Preis- als durch Frachtnachlässe in Sachsen der böhmischen Braunkohle gegenüber konkurrenzfähig zu machen sei.

Leipzig. Das Amtsgericht Stuttgart hat die Central-Invaliden-Kasse für deutsche Buchdrucker, um deren Verwendung zu Streikzwecken zu verhindern, auf Antrag einer großen Anzahl Mitglieder im Wege einer einstweiligen Verfügung in Sequester gelegt.

Wien. Der deutsch-österreichische und österreichisch-belgische Tarifvertrag wird morgen, der schweizerische nächsten Montag unterzeichnet. Artikel 1 vom deutsch-österreichischen Vertrage verpflichte die beiden vertragschließenden Staaten mit anderen Staaten nur auf Grund des jetzt geschlossenen Vertrages Tarifverträge einzugehen, da der deutsch-österreichische Tarifvertrag die Regelung, Befestigung und Ausdehnung der handelspolitischen Beziehungen zwischen beiden Staaten anstrebe. — Ein czechischer Schneider, der angab, daß er einem revolutionären, vom Fürsten Bismarck unterstützten Bunde angehöre, der dem bayrischen Regenten nach dem Leben trachte, wurde wegen Irreführung der Behörden verurtheilt.

Paris. Kaiser Dom Pedro von Brasilien starb an der Influenza, welche eine Lungenentzündung hervorgerufen hatte.

Rom. Der Papst sanktionirte den Beschluß der Cardinalskommission um Verminderung des vatikanischen Budgets um 5 bis 7 Millionen.

Warschau. Der Lastzug der Warschau-Wiener Bahn wurde vergangene Nacht bei der Haltestelle Wlochy von hungernden Bauern überfallen, welche die Waggons loskuppelten und ihres Inhaltes beraubten.

Die **Berliner Börse** eröffnete schwach im Anschluß an Paris und Wien. Interesse bestand für Schweizer Centralbahnen, Lombarden und Eisenwerthe, für welche man sich von den Handelsverträgen Vortheil verspricht. Später besserte sich die Haltung allgemein, wozu Wochenschluß-Deckungen beitrugen. Russische Anleihen setzten niedriger ein und besserten sich später etwas. Russische Noten schwach. Cassaverkehr ziemlich fest, deutsche Fonds vorwiegend etwas abgeschwächt. Privatdiskont 2⅝ Prozent. Nachbörse fest. — Wetter: warm, Vormittags schön, Nachmittags bedeckt, regnerisch.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 233,00, Staatsb. 239,30, Lomb. 74,25, Galizier —,—, Egypter —,—, 4proc. Ung. Goldr. 89,70, Diskonto 168,90, Dresdn. Bk. 130,70, Laura —, Gelsenkirchen —. Ruhig.

Wien. (Abends.) Credit 273,10, Staatsbahn 279,50, Lombarden 84,50, Nordwest 203,00, Marknoten 57,95, Ung. Credit 318,25. Galizien behauptet.

Paris. (Schluß.) Rente 95,50, Anleihe 104,62, Italiener 89,77, Staatsbahn 625,00, Lombarden 200,00, do. Prioritäten —, Spanier 65⅞, Egypter 479,37, Ottomanen 555,00, Ottomane 527,00. Matt.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Decbr. 26,70, per März-Juni 28,00, still. Spiritus per December 37,75, per Mai-August 39,75, matt. Rüböl per December 67,50, per März-Juni [illegible], weichend.

Amsterdam. Produkten Schluß. Weizen per März 253, per Mai —. Roggen per März 253, per Mai 256.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** begab sich gestern mittelst Sonderzuges zur Fasanenjagd auf die Besitzung des Kammerherrn Majors a. D. von der Decken nach Hof bei Stauchitz. Der Sonderzug, unter Leitung des Herrn Transport-Direktors Winkler verließ die Königliche Villa in Strehlen 7 Uhr 40 Min. Vorm. und langte pünktlich um 9 Uhr in Stauchitz an. Die Rückfahrt erfolgte ebenfalls mittelst Sonderzuges und zwar Nachmittags gegen ¾4 Uhr von Stauchitz aus, die Ankunft in Strehlen fand kurz nach halb 5 Uhr statt.

— Ihre Majestät die **Königin** beehrte gestern die Ausstellung des sächsischen Kunstvereins im Brühl'schen Palais mit einem Besuche.

— Für den bevorstehenden Neujahrstag ist am Königl. Hofe die Abhaltung der üblichen **Beglückwünschungs**- und **Präsentations-Couren** in Aussicht genommen. Für weitere Vorstellungen angemeldeter Damen und Herren wird sich bei den im Laufe des Winters stattfindenden größeren Hoffestlichkeiten Gelegenheit bieten.

— Oberzollinspektor Dr. Alwin Robert **Rudert** in Leipzig wurde zum Finanzrath und Mitglied der Zoll- und Steuerdirektion ernannt.

„Hotel Fürst Bismarck.“
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5.